

Blickpunkt Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,

für die Rentenpolitik ist der Ausschuss für Arbeit und Soziales der eigentliche Maschinenraum des Deutschen Bundestages. Rentenfragen und Generationengerechtigkeit prägen unsere Arbeit derzeit besonders. Heute Mittag hat das Rentenpaket der Bundesregierung – nach langen Diskussionen – die Kanzlermehrheit gefunden. Parallel dazu rief ein bundesweiter Schulstreik zum Protest gegen unsere Pläne zur Wehrpflicht auf. Das ist gelebte Demokratie. Und auch wenn ich in der Sache eine andere Haltung vertrete, ist es ein gutes Zeichen, wenn junge Menschen sich eine Meinung bilden und dafür einstehen.

Am Montag startete ich sehr früh in diese vorletzte Sitzungswoche vor Weihnachten: Das ARD-Morgenmagazin hatte mich in meiner Funktion als amtierende Vorsitzende des Petitionsausschusses anlässlich der öffentlichen Beratung zur Wiedereinführung der Vermögensteuer zum Interview eingeladen. Beim Kongress „Sozialmissbrauch bekämpfen – Mehr Gerechtigkeit im System“ durfte ich auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem Podium Platz nehmen. Das Interesse war enorm – vielen Dank für den guten Austausch!

Außerdem haben wir in dieser Woche wichtige steuerliche Entlastungen beschlossen: die Erhöhung der Pendlerpauschale, die Senkung der Mehrwertsteuer für die Gastronomie auf sieben Prozent sowie eine höhere Übungsleiterpauschale für Ehrenamtliche.

Wie immer freue ich mich über Ihre Ideen, Anregungen und Kritik.

Ein schönes zweites Advents-Wochenende wünscht Ihnen und Euch

Ihre
Dr. Hülya Düber

Fraktionskongress „Vertrauen stärken – Sozialleistungsmissbrauch wirksam bekämpfen“

Die zeitintensive Organisation durch unsere Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter hat sich gelohnt: Der Andrang beim Fraktionskongress „Vertrauen stärken – Sozialleistungsmissbrauch wirksam bekämpfen“ war groß. Ich habe mich sehr über die Einladung unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Carsten Linnemann gefreut, beim Fraktionskongress eine aktive Rolle auf dem Podium einzunehmen. Wie kann Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats gestärkt werden? Diese Frage beschäftigt Arbeits- und Sozialpolitiker, Verbände, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.

In unserer DNA steht: Wir lassen Menschen in Notlagen nicht im Regen stehen. Unser Sozialstaat kann aber nur funktionieren, wenn staatliche Leistungen ausschließlich diejenigen bekommen, die sie wirklich brauchen. Ich betonte, dieses System muss gerecht bleiben, Sozialleistungsmissbrauch zur Entlastung der Kommunen und Jobcenter vor Ort politisch stärker angegangen werden. Mit Experten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft diskutierten wir Lösungsansätze, wie Sozialmissbrauch leichter erkannt, verhindert und bestraft werden kann. Dennis Rehbein, Oberbürgermeister von Hagen, schilderte seine Erfahrungen mit ausuferndem Sozialbetrug. Scheinarbeitsverhältnisse, Schrottimmobilien sind die größten Probleme, denn die Köpfe dieser kriminellen Banden sind nur schwer ausfindig zu machen.

Der Forderung nach einem automatisierten Datenaustausch und einfacheren, leichter anwendbaren Gesetzen kann ich mich nur anschließen. Besonders relevant für viele Fälle ist zudem das europäische Recht. Hier braucht es Mut zu klaren Entscheidungen. Das Europarecht bietet Spielraum, etwa wenn der Verdacht besteht, dass keine „echte Tätigkeit“ vorliegt und somit kein Anspruch auf Sozialleistungen besteht. Wichtig ist, dass wir diesen Rahmen auch nutzen.



© CDU/CSU-Bundestagsfraktion

7. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Im neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird erneut deutlich, wie wichtig es ist, dass Sozialleistungen tatsächlich bei den Menschen ankommen, die auf sie angewiesen sind. Mehr als fünf Millionen Menschen leben weiterhin nahe am Existenzminimum. Der Berichtszeitraum umfasst sowohl die Corona-Pandemie als auch die Inflations- und Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – Herausforderungen, die viele Haushalte zusätzlich belastet haben.

Zu den neuen Schwerpunkten des siebten Berichts gehört eine vertiefte Betrachtung der sogenannten Nichtinanspruchnahme von staatlichen Leistungen durch Personen, die eigentlich Anspruch hätten. Erstmals wurden dabei auch Menschen mit Armutserfahrung stärker einbezogen. Die Gründe, warum Unterstützungsleistungen nicht abgerufen werden, sind ein ernstes Warnsignal: Viele Betroffene schämen sich, zum Amt zu gehen, oder die Antragsverfahren sind so kompliziert, dass sie gar nicht erst versuchen, Hilfe zu beantragen. Hier sehe ich klaren Handlungsbedarf, damit Menschen in schwierigen Lebenslagen ihr Recht auf Unterstützung auch wirklich nutzen können.

Denn wir dürfen nicht vergessen: Es geht oft auch um Menschen, die arbeiten – deren Einkommen aber dennoch nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Hier geht's direkt zum Bericht: https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/siebter-armuts-und-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Früh aufstehen für das ARD-Morgenmagazin

Früh aufstehen hieß es für mich am Montag: Bereits um sechs Uhr fuhr ich durch das noch verschlafene Berlin zum ARD-Hauptstadtstudio. Das Team des ARD-Morgenmagazins hatte mich anlässlich der öffentlichen Beratung des Petitionsausschusses zur Vermögenssteuer eingeladen, um über das parlamentarische Verfahren im Ausschuss zu sprechen. Inhaltlich steht die Union der Vermögenssteuer kritisch gegenüber. Mir war es wichtig, die Bedeutung des Petitionswesens als zentrales Instrument der Bürgerbeteiligung zu betonen. Eine Petition an den Deutschen Bundestag kann echte Wirkung entfalten: Stellen die Mitglieder des Ausschusses eine Regelungslücke fest, überweisen sie das Anliegen mit dem höchsten Votum an die Bundesregierung zur Berücksichtigung.

Besonders am Petitionsausschuss ist, dass seine Mitglieder häufig über parteipolitische Grenzen hinweg sachorientiert miteinander diskutieren. Das halte ich für gut und wichtig. Während des Interviews wurde für mich erneut deutlich, welch hohes Gut die Pressefreiheit in unserer Demokratie ist. Auch wenn uns nicht jede Frage gefällt, müssen wir Politikerinnen und Politiker uns der kritischen Öffentlichkeit stellen. So wollte der Moderator beispielsweise wissen, ob die Bundesregierung uns nicht ernster nehmen und unsere Voten bindend sein müssten. Aufgrund der Gewaltenteilung halte ich das für nicht umsetzbar.

Dennoch bin ich überzeugt, dass die Bundesregierung die Empfehlungen des Petitionsausschusses ernst nimmt – auch wenn sie rechtlich nicht zur Umsetzung verpflichtet ist.

Den Beitrag finden Sie hier:

<https://www.ardmediathek.de/video/morgenmagazin/petitionsausschuss-starke-stimme-der-buerger/wdr/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RLmRIL21vcndlbt1hZ2F6aW4vMmNjODRhZDQtNjUzMS000TUxLWExYzMtMWM4ZTE5OGYxZGEx>



Die beste Werbung für den Petitionsausschuss bleiben wirkungsvolle Petitionen an den Deutschen Bundestag. Warum? Weil Anliegen, die eine Mehrheit des Ausschusses überzeugen, von der Bundesregierung aufgegriffen werden müssen. Neben der Vermögenssteuer wurde am Montag in der öffentlichen Sitzung auch eine weitere Petition beraten: „Tierversuche – Abschaffung von Tierversuchen an Affen“.

Beschlüsse der Woche

Das Rentenpaket kommt:

Mit dem Rentenpaket I wollen Union und SPD die Altersversorgung breiter und zukunftsicher aufzustellen. Geplant sind die Einführung der Aktivrente, die Abschaffung des sogenannten Vorbeschäftigungsverbots, die Frühstartrente, die Mütterrente III, eine Stärkung der Betriebsrente, Reformen der steuerlich geförderten Altersvorsorge sowie eine Haltelinie beim Rentenniveau von 48 Prozent.

Zur Vorbereitung des Rentenpakets II wird im Dezember 2025 eine Rentenkommission eingesetzt. Ihre Ergebnisse sollen deutlich früher vorliegen als ursprünglich geplant – spätestens bis Ende des zweiten Quartals. Die Junge Gruppe im Bundestag kann einen eigenen Besetzungs-vorschlag einbringen, damit die Interessen der jungen Generation stärker berücksichtigt werden. Außerdem wird das Bundesfinanzministerium Eckpunkte zur Frühstartrente vorlegen und eine Reform der privaten Altersvorsorge ausarbeiten.

Steuerliche Entlastungen:

Pendlerinnen und Pendler, Gastronomiebetriebe und Ehrenamtliche profitieren von wichtigen Entlastungen aus dem Koalitionsvertrag. Die Mehrwertsteuer auf Speisen in Restaurants soll von 19 auf 7 Prozent sinken – das schafft Planungssicherheit für die Gastronomie. Die Entfernungspauschale steigt vom ersten Kilometer an auf 38 Cent, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im ländlichen Raum zu entlasten, die auf das Auto angewiesen sind. Für ehrenamtlich Tätige wird die Übungsleiterpauschale auf 3.300 Euro und die Ehrenamtspauschale auf 960 Euro jährlich angehoben. Damit stärken wir freiwilliges Engagement in unserem Land.

Ausschuss für Arbeit und Soziales trifft Delegation aus Südkorea

Am Donnerstag durfte ich im Ausschuss für Arbeit und Soziales unter der Leitung unseres Vorsitzenden Bernd Rützel eine Delegation aus Südkorea im Deutschen Bundestag begrüßen. Das Gespräch war außerordentlich bereichernd, denn Südkorea steht – ähnlich wie wir in Deutschland – vor großen demografischen Herausforderungen, die weit in Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und regionale Entwicklung hineinwirken. Die Delegation schilderte eindrücklich, wie stark sich die extrem niedrige Geburtenrate und die rapide Alterung der Gesellschaft in ihrem Land bereits bemerkbar machen.



© DBT / Stella von Saldern

Besonders beeindruckt hat mich die Schilderung der innerstaatlichen Wanderungsbewegungen: Während einige Regionen unter Abwanderung und Leerstand leiden, wachsen die Großstädte weiter und geraten zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Diese Entwicklungen kennen wir auch in Deutschland – wenn auch in anderer Ausprägung. Im Ausschuss sprachen wir darüber, welche politischen Maßnahmen dazu beitragen können, sowohl Familien zu stärken als auch ländliche Räume attraktiv und lebenswert zu halten. Themen wie eine verlässliche Kinderbetreuung, eine gute medizinische Versorgung, moderne Mobilitätsangebote sowie eine flächendeckende digitale Infrastruktur spielten dabei eine zentrale Rolle.

Mir ist besonders wichtig, den internationalen Austausch zu pflegen. Er zeigt uns, dass viele Länder vor den gleichen Fragen stehen – und dass wir voneinander lernen können. Südkorea geht bei einigen Themen bereits neue Wege, deren Erfahrungen für unsere Arbeit im Bundestag sehr wertvoll sind.

Das Gespräch hat nochmals verdeutlicht: Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Ich freue mich, diesen Austausch fortzusetzen und die gewonnenen Impulse in meine parlamentarische Arbeit einzubringen.

Kurz erklärt

Verständlicherweise erreichen mich aus den Kommunen derzeit viele Anfragen zu möglichen Förderungen für dringend benötigte Bau- und Investitionsvorhaben aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“. Nach aktuellem Stand erhält Bayern ein festes Budget; die Federführung für die Verteilung der Mittel liegt beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Die Abstimmungen und die konkrete Ausgestaltung des Programms sind allerdings noch nicht abgeschlossen – das gilt auch für die sogenannte Sportmilliarde.

Gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Dr. Andrea Behr und Björn Jungbauer setze ich mich im Rahmen meiner politischen Möglichkeiten sehr dafür ein, dass Städte und Gemeinden in unserer Region von diesen Fördermitteln profitieren. Sobald mir weitere Informationen vorliegen, halte ich Euch und Sie selbstverständlich auf dem Laufenden.

Nordisches Modell jetzt!

Der bessere Schutz von Prostituierten ist mir ein zentrales Anliegen. Zum CSU-Parteitag bringt die Frauen-Union einen Antrag zum sog. Nordischen Modell ein. Gemeinsam mit der Vorsitzenden der AG Bildung und Familie sowie meinen Kolleginnen und Kollegen Dr. Anja Weisgerber, Susanne Hierl, Peter Aumer und Axel Müller habe ich am Mittwoch das Café Neustart an der Kurfürstenstraße besucht. Wir wollten uns vor Ort ein Bild von der oft verzweifelten Situation jener – zum Teil sehr jungen – Frauen machen, die sich auf der Straße prostituieren müssen. Die Erzählung von der „Freiwilligkeit“ ist ein Märchen: Rund 90 Prozent arbeiten – häufig unter dem Deckmantel der Legalität – unfreiwillig in Armuts- und Elendsprostitution. Viele von ihnen werden mit falschen Versprechen aus Osteuropa nach Deutschland gelockt, verlieren ihre Papiere und leben ohne jede Privatsphäre in bedrückenden Verhältnissen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Ausbeutung stoppen, Zuhälter und Freier zur Verantwortung ziehen und Frauen echte Ausstiegsperspektiven eröffnen. Deshalb sind Einrichtungen wie das Café Neustart so wertvoll. Die dort geleistete Beratung und Unterstützung für Frauen in akuter Not braucht unsere politische Rückendeckung – jetzt und in Zukunft. Wir lassen nicht locker.

Zu Gast in Berlin

Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Ochsenfurt waren am Mittwoch gemeinsam mit ihren Lehrkräften auf meine Einladung zu Gast im Deutschen Bundestag. Mit großer Neugier wollten die Jugendlichen erfahren, wie der Arbeitsalltag einer Bundestagsabgeordneten aussieht und wie politische Entscheidungen in Berlin entstehen.

Im Gesprächsverlauf wurde auch eine der meistgestellten Fragen bei Bundestagsbesuchen („Warum ist der Plenarsaal im Fernsehen eigentlich so oft leer?“) beantwortet. Dabei wurde erklärt, dass die meiste parlamentarische Arbeit nicht im Plenarsaal stattfindet, sondern in Ausschüssen, Arbeitsgruppen oder Gesprächen. Während im Plenum debattiert wird, verhandeln viele Abgeordnete parallel Gesetzesentwürfe, bereiten Beschlüsse vor oder stimmen Positionen innerhalb ihrer Fraktionen ab. Die scheinbar leeren Plätze lassen daher nicht erkennen, wie viel gleichzeitig an anderer Stelle gearbeitet wird.

Ein herzliches Dankeschön an die Schülerinnen und Schüler für ihren Besuch – genau solche Begegnungen machen Demokratie erlebbar!



© DBT / Inga Haar

Fachgespräch zu Rentenbenachteiligungen von DDR-Flüchtlingen und Freigekauften

Auf Einladung der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke fand am Donnerstag im Europasaal des Paul-Löbe-Hauses ein Fachgespräch „Enttäusches Vertrauen: DDR-Flüchtlinge und Übersiedler – Benachteiligte im heutigen Rentenrecht?“ statt. Anlass ist das 35. Jubiläum der Deutschen Einheit – ein Jahr, in dem der Blick besonders auf jene Menschen gerichtet wird, die in der SED-Diktatur für Freiheit und Selbstbestimmung einstanden und durch Flucht, Ausreise oder Häftlingsfreikauf die DDR verließen. Im Mittelpunkt des Fachgesprächs standen die rentenrechtlichen Herausforderungen von DDR-Flüchtlingen, Freigekauften und Übersiedlerinnen und Übersiedlern. Viele von ihnen sehen sich bis heute benachteiligt. Hintergrund ist die komplexe Rechtslage nach der Wiedervereinigung:

Zunächst wurden Betroffene nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik gemäß dem Fremdrentengesetz in das westdeutsche Rentensystem aufgenommen. Mit dem Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) von 1992 wurden jedoch frühere DDR-Ansprüche – die mit der Ausreise eigentlich erloschen waren – wieder wirksam, was teilweise erhebliche Renteneinbußen zur Folge hatte. Seit 2018 liegt zu dieser Problematik eine Petition von Betroffenen beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vor.

Das Fachgespräch bot Mitgliedern des Ausschusses und weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern Gelegenheit, die Auswirkungen der geltenden Rechtslage sowie mögliche Lösungsansätze vertieft zu diskutieren. Deutlich wurde, dass viele ehemals aus der DDR geflüchtete oder übergesiedelte Menschen die aktuelle Situation als Bruch ihres Vertrauens in den Rechtsstaat empfinden. Das Gespräch leistete daher einen wichtigen Beitrag, um die verschiedenen Perspektiven sichtbar zu machen und den weiteren politischen Diskurs faktenbasiert zu unterstützen.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses werden die gewonnenen Erkenntnisse in die laufenden Beratungen einfließen lassen und prüfen, welche Handlungsspielräume bestehen, um die Anliegen der Betroffenen angemessen zu berücksichtigen.



© Büro Dr. Hülya Düber

Olympische und Paralympische Spiele für Deutschland – große Chance für Sport und Gesellschaft

Deutschland hat beim IOC offiziell sein Interesse an der Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele für 2036, 2040 oder 2044 bekundet. Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt diesen Schritt ausdrücklich – auch ich halte eine Bewerbung für ein starkes Signal.

Olympische Spiele können eine ganze Generation für Sport begeistern. Sie schaffen neue Bewegungsangebote, stärken Vereine und geben wichtigen Rückenwind für den Breiten- und Spitzensport. Die Paralympics setzen zugleich ein klares Zeichen für Inklusion und Barrierefreiheit – ein gesellschaftlicher Mehrwert, der weit über den Sport hinausreicht. Auch wirtschaftlich bieten die Spiele Chancen: nachhaltige Infrastruktur, Impulse für Tourismus und Arbeitsmarkt sowie die Möglichkeit, bestehende Sportstätten intelligent weiterzuentwickeln. Entscheidend ist eine verantwortungsvolle und transparente Planung. Vier Regionen – Berlin, Hamburg, München und Rhein-Ruhr – haben bereits Konzepte erarbeitet. Besonders das deutliche Ja der Münchner Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass Begeisterung vorhanden ist. Gleichzeitig müssen wir Bedenken ernst nehmen und die Menschen eng einbinden.

In einer Zeit, in der immer häufiger autokratische Staaten große Sportereignisse ausrichten wollen, ist eine deutsche Bewerbung auch ein demokratisches Statement. Offenheit, Fairness und Vielfalt – diese Werte sollten im internationalen Sport sichtbar bleiben.

Digitaler Euro im Plenum

Auf der Tagesordnung des Plenums stand am heutigen Freitag auch die geplante Einführung des digitalen Euro durch die Europäische Zentralbank. Die Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker der Fraktion befassen sich seit Langem intensiv mit diesem Thema. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD bekennen wir uns ausdrücklich zum Erhalt von Bargeld als gängiger Zahlungsform und setzen uns für eine echte Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr ein. Künftig sollen daher grundsätzlich Bargeld und mindestens eine digitale Zahlungsoption schrittweise überall verfügbar sein.

Einen digitalen Euro befürworten wir dann, wenn er ein schnelles, einfaches und sicheres zusätzliches Zahlungsmittel darstellt. Er darf Bargeld nur ergänzen, nicht verdrängen, und die Preis- und Finanzstabilität keinesfalls gefährden. Denn Bargeld bleibt ein Stück gelebter Freiheit und ein wichtiger Bestandteil unseres Alltags. Deshalb halten wir fest daran, es als Zahlungsmittel zu sichern und zu schützen. Gleichzeitig gibt es zum digitalen Euro nachvollziehbare Bedenken – etwa hinsichtlich der Finanzstabilität, der Privatsphäre oder der Geldwäschebekämpfung. Umso wichtiger ist es, dass EZB und EU-Kommission klar aufzeigen, welchen konkreten Mehrwert der digitale Euro für die Bürgerinnen und Bürger bietet. Unsere gemeinsame europäische Währung muss gut auf das digitale Zeitalter vorbereitet sein, ohne bewährte Freiheiten einzuschränken.

Einen verständlichen Überblick zum Projekt bietet die Deutsche Bundesbank:
<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/digitaler-euro>